

ver.di-Linke NRW regt Initiativanträge zur Verteidigung des Hambacher Waldes an

Das [Treffen der ver.di-Linken am 16.9.](#) hat u.a. über die Aktivitäten zur Verteidigung des Hambacher Waldes und die Haltung der Gewerkschaften dazu gesprochen. Dabei wurde vorgeschlagen, bei den bevorstehenden Bezirkskonferenzen Initiativanträge einzubringen, in denen die Landesregierung aufgefordert wird, einen Stopp der Räumungen und Rodungen durchzusetzen, zumindest ein Moratorium, bis die Kohlekommission ihre Arbeit beendet hat. Siehe als Anregung für solchen Initiativantrag a) den Antrag des ver.di-Ortsvereins Düsseldorf zum Hambacher Wald (der mit 59 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung angenommen wurde) und b) Argumente von Helmut Born für einen Initiativantrag

Antrag des ver.di-Ortsvereins Düsseldorf zum Hambacher Wald

Hambacher Wald erhalten – keine Rodungen mehr

Der Ortsverein Düsseldorf des ver.di-Bezirks Düssel-Rhein-Wupper fordert von dem Konzern RWE, keine weiteren Rodungen im Hambacher Wald mehr durchzuführen und von den politisch Verantwortlichen, die entsprechenden gesetzlichen Regelungen zu schaffen. Eine Rodung noch in diesem Jahr ist nicht notwendig, da die noch einzurichtende Kohlekommission unter Gewerkschaftsbeteiligung bislang noch nicht einmal getagt hat. Der ver.di-Landesbezirksvorstand NRW wird aufgefordert, die o.g. Initiativen gegenüber RWE und der Landesregierung sofort zu starten, um die Reste des Hambacher Waldes unter der Voraussetzung des sozialverträglichen Ausstiegs aus der Kohle zu erhalten. Veränderungen bei den Arbeitsplätzen müssen selbstverständlich sozialpolitisch abgedeckt sein.

Begründung:

Seit mehreren Jahren wird im rheinischen Braunkohlerevier um den Erhalt des Restes der Hambacher Wald gekämpft. Nur noch 10 % des ursprünglichen Umfangs dieses Jahrtausende alten Waldes steht noch. 90 % sind schon dem Braunkohleabbau zum Opfer gefallen. Wie inzwischen für jeden bekannt sein dürfte, steht die Welt vor einer massiven Klimakatastrophe. Anfang des Jahres wurde bekannt, dass die Durchschnittstemperaturen weltweit um 0,9 Grad angestiegen sind. In Deutschland beträgt der Anstieg sogar 1,3 Grad. Der Ausstoß klimaschädlicher Gase wie CO₂ und Methan gelten als Hauptverursacher der Klimaerwärmung. Auf der Klimakonferenz 2015 in Paris wurde vereinbart, die Klimaerwärmung nicht über 1,5 Grad Celsius ansteigen zu lassen. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen schnell Maßnahmen zur Reduzierung des Ausstoßes der Klimaschädlichen Gase ergriffen werden.

Die Verstromung der Braunkohle ist eine der Haupterzeuger von CO₂. Wälder können die Klimaerwärmung durch die Absorbierung von CO₂ verlangsamen. Deswegen ist es besonders erforderlich, den Hambacher Wald stehen zu lassen und die Braunkohleverstromung frühzeitig zu beenden.

Während lt. Spiegel-Artikel vom 5.7.2017 bereits mehr als 330.000 Menschen im Ökostrom-Sektor arbeiten, sind es im Bereich der Braunkohle ca. 20.000. Ein Abbau dieser Arbeitsplätze muss selbstverständlich sozialverträglich geschehen und finanziell unterstützt werden, wie es Reinhard Klopffleisch vom Bundesfachbereich Ver- und Entsorgung auch bereits gefordert hat.

Der Antrag wurde Anfang Mai 2018 auf der Mitgliederversammlung des ver.di Orstvereins Düsseldorf mit 59 ja Stimmen und 1 Enthaltung angenommen und an die Bezirkskonferenz des neuen Bezirks Düssel - Rhein - Wupper weitergeleitet, wo er am 22.9. beraten wird.

Argumente von Helmut Born für einen Initiativantrag

Es geht in der Auseinandersetzung oft um von der Politik beschlossene Gesetze und Genehmigungen sowie um die Arbeitsplätze vor Ort.

1. Die von der Politik beschlossenen Gesetze und Genehmigungen

Dazu ist folgendes zu sagen: Diese sind schon mehrere Jahre alt. Im Dezember 2015 wurde auf der Klimakonferenz in Paris ein Klimaabkommen beschlossen, das die Unterzeichnerstaaten verpflichtet Klimaschutzpläne aufzustellen die eine radikale Verringerung klimaschädlicher Gase vorsehen. Die Bundesrepublik hat das Abkommen unterschrieben. Bis 2020 sollte nach diesem Plan der CO₂-Ausstoss gegenüber 1990 um 40 % gesenkt werden. Dieses Ziel wird deutlich verfehlt. 10 Jahre später sollen es 55 % sein. Da die Verstromung von Braunkohle die dreckigste Art der Energieerzeugung ist, müssen hier auch die meisten Einsparungen erzielt werden. ver.di hat 2016 eine Studie mit dem Titel "Sozial verträglicher Ausstieg aus der Kohleverstromung" erstellen lassen, die bis 2045 einen kompletten Ausstieg aus der Kohleverstromung vorsieht. Darin sind alle Aspekte des Arbeitsplatzabbaus berücksichtigt. Inzwischen gibt es weitere Studien (DIW, BUND, DUH), die besagen, dass die Beendigung der Braunkohleverstromung bis 2030 komplett ohne Kündigungen gestaltet werden kann. Im Übrigen kann man darauf verweisen, dass die Kohlekommission tagt und diese Vorschläge zur Beendigung der Kohleverstromung erarbeitet. Die Ergebnisse sollten abgewartet, bevor Fakten geschaffen werden. Das fordert auch der ver.di-Landesbezirk NRW.

2. Die Arbeitsplätze

Dieses Argument wird immer wieder gerne benutzt. Dazu ist erst einmal zu sagen: Die IG BCE hat 2016 einen Tarifvertrag mit RWE über den Abbau von 1500 Arbeitsplätzen abgeschlossen. Der Arbeitsplatzabbau findet ständig statt obwohl die Förderung und Stromgewinnung ständig zugenommen hat. Das wurde alles auch vom Fachbereich 2 mitgetragen. Momentan sind knapp 10.000 Menschen im Rheinischen Braunkohlerevier beschäftigt. ver.di fordert in der o.g. Studie eine breite soziale Absicherung der Beschäftigten mit einer 100 % igen Absicherung ihrer Einkommen. Da das Durchschnittsalter der Belegschaften bei über 50 Jahren liegt, dürfte dies auch erreicht werden. Ein großer Teil der Belegschaft wird also in Rente gehen können, ohne Nachteile zu haben. Für die Jüngeren sollen Ersatzarbeitsplätze geschaffen werden. Aber klar ist auch, dass auch nach Beendigung des Braunkohleabbaus noch über Jahrzehnte Beschäftigte für die Renaturierung gebraucht werden. Im Übrigen muss man aber auch die Frage der Klimaerwärmung und der damit verbundenen Auswirkungen problematisieren. Das ist Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Intervention.

Siehe zum Hintergrund das Dossier im LabourNet Germany: [Rodungen im Hambacher Forst dürfen ab Herbst weitergehen: Bezirksregierung Arnsberg genehmigt Hauptbetriebsplan für den Tagebau bis 2020](#)